



## **Anerkennung muss für alle gelten**

Wie in den letzten Tagen zu vernehmen war, wurden und werden viele Kolleginnen und Kollegen befördert. Dies ist ein Ereignis, das sicherlich viel Freude bei Euch, aber auch bei mir auslöst. Doch wie es im Leben immer so ist, gibt es auch hier einen kleinen Wermutstropfen. Wird in unserer Behörde von Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Wertschätzung gesprochen, meint man scheinbar immer nur die Beamten! Spricht man dann mal das Thema Tarifbeschäftigte an, kommt immer wieder die gleiche Reaktion: „Ach ja, stimmt, da müsste man ja auch mal was machen.“ Ich hätte mich

sehr darüber gefreut, wenn der Senat bei der Gelegenheit auf die Idee gekommen wäre, die Vergütungen der Tarifbeschäftigten (z. B. Tarifbeschäftigte im Ermittlungsdienst) anzuheben. Denn gerade hier hat es in der Vergangenheit doch einige Zuwächse an Arbeit gegeben. Vergleicht man die Anforderungsprofile aus der Vergangenheit mit dem jetzt gültigen Anforderungsprofil, wird man feststellen, dass sich hier einiges getan hat. Aber außer tarifliche Verbesserungen gab es nichts, im Gegenteil. Tarifbeschäftigte, die aufgrund der tariflichen Neustruktur (TV-L) der Besitzstandswahrung

unterliegen, verlieren bei einem Wechsel z. B. in eine andere Direktion ihren Besitzstand. Das bedeutet, dass eine dienstliche Veränderung nur unter Verzicht auf Teile der Vergütung möglich ist. Da gibt es sicherlich auch noch andere Bereiche, für die das Gleiche gilt. Tarifbeschäftigte und Verwaltung wurden in der Vergangenheit, aber auch heute von der Politik sowie der Behördenleitung stiefmütterlich behandelt. Anerkennung und Wertschätzung muss für alle gleichermaßen gelten!

**Bernd Beckmann,**  
stellv. Bezirksgruppenvorsitzender Dir 2

## **Laufzeiten bei Erfahrungsstufen**

Zum 1. 12. 2017 wurde die Angleichung der Anwendung des TV-L in Berlin zum allgemeinen TV-L endlich abgeschlossen. Die wöchentliche Arbeitszeit erhöhte sich um 24 Minuten auf 39:24 Stunden, was dem Durchschnitt der Bundesländer entspricht. Nun wurden aber auch endlich 100% des Tabellenentgeltes erreicht. Jetzt kann man hoffnungsvoll auf die nächsten Tarifverhandlungen warten. Allerdings ist schon jetzt klar: Die Entgeltordnung muss überarbeitet werden. Die Bewertungen der Aufga-

benkreise (BAK) sollten einer kritischen Prüfung unterworfen und an die für die Stellen der Beamten herangezogene Methode angepasst werden. Die unterschiedlichen Bewertungen von Aufgaben führen zu einer Benachteiligung der Tarifbeschäftigten. Auch die Möglichkeit der Fortbildungen ist beschränkt. Schön wären einfach mehr angebotene Lehrgänge. Und es wünschen sich einige analog zur Sonderurlaubsverordnung der Beamten auch die Möglichkeit, für die Teilnahme an Sitzungen, Tagun-

gen, Lehrgängen und sonstigen Veranstaltungen der Gewerkschaften eine Arbeitsbefreiung unter Fortbezahlung des Entgeltes zu erhalten. Topthemen sind kürzere Laufzeiten der Erfahrungsstufen, mindestens die Verkürzung der neunjährigen Laufzeit von Stufe 3 zur Stufe 4 der Entgeltgruppe 9 Stufe 3. Auch die Mitnahme der Erfahrungsstufe bei Höhergruppierungen wäre wünschenswert.

**Die tarifbeschäftigten Vorstandsmitglieder der Bezirksgruppe LABO**

## **Arbeitsplatzbeschreibungen**

Während in anderen Behörden Arbeitsplätze von Zeit zu Zeit überprüft werden, spielt es bei der Polizei offensichtlich keine Rolle, ob sich hier Änderungen ergeben haben. Wir vertreten die Auffassung, dass die auszuübenden Tätigkeiten, in vielen Bereichen, längst nicht mehr den Tätigkeiten der Arbeitsplatzbeschreibungen entsprechen. Natürlich könnte bei einer Überprüfung auch eine Höhergruppierung herauskommen. Die meisten Arbeitsplatzbeschrei-

bungen sind alt und stimmen nicht mit dem realen Arbeitspensum überein. Es hat sich im Wandel der Zeit vieles verändert, nur in der Behörde will es offenbar keiner hören. Aufgrund des Personalmangels sind neue Aufgaben für Tarifbeschäftigte entstanden. Stellvertretend für eine Überarbeitung sei hier der Bereich der PAng SOD und PAng OS genannt. Als GdP fordern wir die Arbeitgeberseite auf, die Arbeitsplatzbeschreibungen zu überarbeiten und diese

dann in einem dreijährigen Rhythmus stets neu zu überprüfen. Außerdem muss der Prozess der Überarbeitung automatisch beginnen, wenn die Personalabteilung zusätzliche, nicht in der Beschreibung des Arbeitskreises (BAK) enthaltene Arbeiten, überträgt. Wir fordern grundsätzlich alle Fachvorgesetzten auf, die Mitarbeitenden zu unterstützen, Veränderungen in der BAK durchzusetzen.

**FA Tarif und Sozialrecht**



AUS DEN DIREKTIONEN

# Jährliches Treffen der Neuköllner Pensionäre

**Jedes Jahr aufs Neue. Auch in diesem Jahr trafen sich die „Neuköllner Pensionäre“ zu ihrem Jahrestreffen. Unter Regie des jahrelangen Verantwortlichen Wolfgang Siewert ging es zum Februarbeginn 2018 in das Bürgerzentrum an der Werbellinstraße, um einen netten gemeinsamen Nachmittag in entspannter Atmosphäre zu begehen.**



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

der Jahresbeginn hat für viele von Euch bereits eine lang ersehnte Belohnung bereithalten. 2.000 Beförderungen hat der Senat für dieses und das nächste Jahr in Aussicht gestellt, viele Kolleginnen und Kollegen bereits in den ersten Monaten 2018 ernannt. Es ist eines der Elemente, die dieses Jahr mit sich bringt. Im Interview mit unserem Fördermitglied, SPD-Innenexperte Tom Schreiber, und Burkhard Dregger, dem innenpolitischen Sprecher der CDU, haben wir uns mal umgehört, was von politischer Seite noch so zu erwarten ist bzw. notwendig wäre. Für den Tarifbereich haben wir in diesem Heft gleich mal ein paar Stimmen eingefangen.

**Viel Spaß beim Lesen,  
Eure Kerstin Philipp**



**Fast 60 Pensionäre nutzen das Treffen für interessante Gespräche über Erlebtes und Aktuelles.**



**Renate Katzke ist die einzige Pensionärin und dennoch stets mit guter Laune bei den Treffen.**

Als ich dieses Treffen vor fünf Jahren das erste Mal als Bezirksgruppenvorsitzende der Direktion 5 besuchte, war ich von der Freude der Kolleginnen und Kollegen sowie den Gesprächen, die sich selbstverständlich über die tollen Dienstjahre in der Behörde drehen, sehr angetan.

Ich kam mit Wolfgang ins Gespräch und erfuhr, dass er die Veranstaltung bereits seit 17 Jahren betreut und es vollkommen egal ist, ob man Gewerkschaftsangehöriger ist oder

nicht, „an dem Tag sind wir alle Polizei“. Die Pensionäre freuten sich über meine Anwesenheit und laden mich seither immer wieder ein. Im letzten Jahr teilte mir Wolfgang mit, dass er diese Verpflichtung, auch wenn er sie als sehr positiv sieht, gern abgeben würde. Jemanden zu finden, der dieses weiterführt, gab es aber leider nicht. Was soll ich jetzt noch sagen ... drei, zwei, eins ... meins.

So etwas Schönes und Wertvolles, mit so viel Motivation damals ins Leben gerufen und mit Liebe gepflegt, darf nicht einfach so vorbei sein. Mit einem lachenden und weinenden Auge wurde Wolfgang Siewert am 2. Februar von uns allen verabschiedet. Mir bleibt jetzt nur noch übrig, Euch den nächsten Termin des Treffens mitzuteilen. Im Jahr 2019 treffen wir uns am 1. Februar. Ich freue mich auf Euch.

**Silvia Dierkes**



**Silvia Dierkes übernimmt die Organisation von Wolfgang Siewert.**

Fotos: Silvia Dierkes



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**  
Internet: [www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de)  
E-Mail: [GdP.Landesbezirk@gdp-berlin@gdp-online.de](mailto:GdP.Landesbezirk@gdp-berlin@gdp-online.de)

**Geschäftsstelle:**  
Kurfürstenstraße 112  
10787 Berlin  
Telefon (0 30) 21 00 04-0  
Telefax (0 30) 21 00 04-29  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Konten:**  
Postbank Berlin  
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)  
SEBAG  
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

**Redaktion:**  
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 030 210004-13  
E-Mail: [jendro@gdp-berlin.de](mailto:jendro@gdp-berlin.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



INTERVIEW DES MONATS

# Im Gespräch mit **Burkard Dregger** und **Tom Schreiber**

**Die alltägliche Kriminalität auf Berlins Straßen, die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus, Unzulänglichkeiten an der Polizeiakademie, braunes Wasser auf den Dienststellen und steigende Intensität der Angriffe gegen Polizisten und Feuerwehrleute – Es gibt viele Themen, über die sich Berlins Innenpolitiker Gedanken machen sollten. Für diese Ausgabe haben wir mit gleich zweien gesprochen. Burkard Dregger, Innenpolitischer Sprecher der CDU und Leiter des Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz, und Tom Schreiber, SPD-Innenexperte und GdP-Fördermitglied, haben uns Rede und Antwort gestanden.**

**DP: Was haben Sie für ein Gefühl, wenn Sie als Bürger auf Berlins Straßen unterwegs sind?**

**Schreiber:** Man kann sich meiner Meinung nach auf Berlins Straßen sicher fühlen. Aber es wird immer einen Unterschied zwischen subjektiver Wahrnehmung und objektiver Sicherheit geben. Letzteres bekommen wir über Kriminalitätsstatistiken und Pressemeldungen der Berliner Polizei vermittelt. Die subjektive Wahrnehmung von Sicherheit hingegen ist sehr ambivalent. So sind beispielsweise Menschen, deren Sicherheit in bestimmten Situationen bereits auf der Kippe stand, dahingehend anders sensibilisiert.

**Dregger:** Ich fühle mich sicher, weil ich nicht ängstlich bin. Ich kann aber nachvollziehen, dass sich Menschen nicht sicher fühlen. Wir haben in der Tat einige erhebliche Lecks in unserer Sicherheitsstruktur, bei der Terrorabwehr, Kriminalitätsbekämpfung und der Abschiebung von Straftätern. Berlin braucht die Gefährderüberwachung durch elektronische Fußfessel, Schleierfahndung, Ausdehnung des Sicherungsgewahrsams, benötigt einen Aufwuchs des polizeilichen Staatsschutzes, des SEK und des MEK, beim Verfassungsschutz und im Bereich Cyberkriminalität. Bei der Kriminalitätsbekämpfung fehlen der Berliner Polizei notwendige Befugnisse, die die rot-rot-grüne Koalition ihr verweigert. Das gilt insbesondere für die überfällige Einführung der Videoüberwachung an gefährlichen Orten, Bodycams, Taser und des Finalen Rettungsschuss. Im Bereich der Abschiebung hatten wir kürzlich mehrere Fälle, in denen aus der Straftat entlassene, vollziehbar ausreisepflichtige Straftäter in Berlin gemordet haben. Die Weigerung, Abschiebehaft

zu verhängen, ist unverantwortlich. Wir brauchen endlich wieder den Willen, Abschiebehaft zu verhängen.

**DP: Klare Pläne, was hat denn der Senat in der jetzigen Legislaturperiode bereits für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger getan?**

**Schreiber:** Der Senat hat deutlich gemacht, dass neben allen anderen „Hauptstadtaufgaben“ die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger klar im Fokus stehen muss. Es sind daher Millionen im zweistelligen Bereich in die Hand genommen worden, um besser gegen Terror gewappnet zu sein und die Schutzausstattung der Polizei zu verbessern. Wir reden hier auch über die Aufhebung des Beförderungsstaus, die Erhöhung der Auszubildenden-Zahlen. Diesen Personalzuwachs wird man auch bei Feuerwehr und dem LABO spüren. Natürlich gibt es Bereiche, in denen diese Trendumkehr zu spät erfolgt. Wir sind bei der Polizei bisher leider eher in der reagierenden Position. Wir müssen dringend zurück zum Agieren kommen und dabei vorausschauend arbeiten. Es reicht nicht aus, die Summe der kriminalitätsbelasteten Orte zu ermitteln. Wir müssen vorab ein Gefühl dafür entwickeln, wo ein Kiez „kippen“ könnte und dort präventiv tätig werden. Alles in allem hat der Senat bereits gute und auch nachvollziehbare Politik betrieben. Wir sind weg vom 1. August im Hinblick auf die Besoldungserhöhung und sollten spätestens 2021 beim 1. Januar ankommen. Selbstverständlich aber haben wir noch viele Baustellen und Herr Dregger spricht Dinge an, die Sinn machen. Wir brauchen einen Abschiebe-gewahrsam und auch Videoüberwachung an Orten mit hohem Kriminalitätsaufkommen. Bei allen großen For-



**Bodycams, Taser, Finaler Rettungsschuss – Burkard Dregger verlangt vom Senat in erster Linie mehr Ermächtigungsgrundlagen für Berlins Polizei.**

derungen dürfen wir aber auch die kleinen Details nicht vergessen. Dazu zählt zum Beispiel, ob ein Dienstplanmodell noch ein Familienleben ermöglicht. Generell darf die Polizei kein Bittsteller sein und Investitionen müssen selbstverständlich werden.

**DP: Alex-Wache, Splitterschutzfolien, deutliche Investitionen in die Schutzausstattung, die Anhebung der Stellenplanobergrenzen – Das ist allein in einem Jahr mehr als Innensenator Frank Henkel umgesetzt hat ...**

**Dregger:** Die aktuellen Beschaffungen haben meine uneingeschränkte Unterstützung, weil sie absolut notwendig sind. Wir freuen uns, dass jetzt vieles von dem umgesetzt wird, was uns in unserer Koalition verwehrt wurde. Aber ich möchte das jetzt nicht weiter kritisieren. Mir ist wichtig, dass geschieht, was richtig ist. Und wir erkennen das an. Wir werden den Innensenator jetzt natürlich daran messen, dass er auch pünktlich liefert, was er versprochen hat. Und wir werden die rot-rot-grüne Koalition weiterhin unter Druck setzen, damit die Polizei nicht nur die Ausstattung, sondern auch die Befugnisse erhält, die sie zu unserer aller Sicherheit benötigt.

**DP: Ein aktuell diskutiertes Thema sind die Übergriffe auf Polizisten und Rettungskräfte?**





Im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität – Tom Schreiber plädiert für die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen aus kriminellen Familien.

**Dregger:** Es ist wichtig, dass wir darüber sprechen. Diese Vorfälle machen mich sauer. Es gibt nichts Widerwärtigeres als diejenigen anzugreifen, die für unser demokratisches Land ihren Kopf hinhalten. Nur ihnen steht das Gewaltmonopol zu. Denen treten Leute gegenüber, die sich das Recht zur Gewalt ohne jede Befugnis anmaßen und wahllos Polizisten und Rettungskräfte angreifen. Die Strafbarkeit von Widerstandshandlungen ist durch uns auf Bundesebene verschärft worden. Jetzt muss durchgegriffen werden. Hierzu fehlen der Justiz Personal und Ausstattung. Hier muss die rot-rot-grüne Koalition in Berlin erheblich mehr leisten. Ein zweites kommt hinzu: Unsere Justiz ist unabhängig und das ist auch gut so, weil niemand türkische Verhältnisse möchte. Aber wir dürfen durchaus kritisch nachfragen, ob die Berliner Justizpraxis lascher ist als in anderen Bundesländern. Wir haben als Kriminalitätshauptstadt jeden Anlass, strenger zu sein. Jedem Rechtsbruch muss entschieden entgegengetreten werden. Sonst muss man sich nicht wundern, dass unser Rechtsstaat von den Rechtsbrechern verlacht wird, das Vertrauen der Rechtstreuen verloren geht und auch ich Sympathie für die Erfahrungsregel „Untersuchungskraft schafft Rechtskraft“ entwickle. Wir wollen keinen ohnmächtigen Rechtsstaat, sondern einen wehrhaften Rechtsstaat, der das Recht konsequent durchsetzt. Schlimm ist auch, wie manche Polizeigewalt geißeln und Gewalt gegen Polizei kleinreden. Ich hingegen sage, wer Polizisten angreift, dem hilft es vielleicht, zur Abwehr seines Angriffs Bekanntschaft mit dem Schlagstock zu machen. Vielleicht erlernt er dann Respekt, bevor sein Ver-

fahren wegen Überlastung der Justiz eingestellt wird.

**Schreiber:** Es geht hier um den Rechtsstaat und eben auch um Verhältnismäßigkeit. Wer sich jahrelang Situationen wie den 1. Mai anschaut, kann sich doch ein Bild davon machen, was Rettungskräften und Polizisten passieren kann. Man kann gut beobachten, wie schnell auch eine scheinbar ruhige Lage eskaliert. Berlin hat gute Erfahrungen mit Deeskalation gemacht, das hätte man vielleicht auch beim G20-Gipfel in Hamburg anwenden und mal von Berlin lernen können. Aber unabhängig davon habe ich den Vorschlag ja nicht umsonst gemacht, dass jemand zügig vor Gericht kommen muss, wenn er eine Straftat begangen hat. Außerdem wäre es begrüßenswert, wenn wir für alle kriminalitätsbelasteten Orte einen Staatsanwalt mit originärer Zuständigkeit hätten. Darüber hinaus brauchen wir endlich die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen aus kriminalitätsbelasteten Familien. Man kann nach Gesetz schon jetzt in Familien hereingehen, in denen absehbar ist, dass sich die Kids zu Intensivtätern entwickeln. Dann würden sie nicht mehr darüber lachen, nach 120 Taten lächerliche Jugendstrafen zu bekommen, sondern früh den Rechtsstaat spüren. Im Übrigen auch die Eltern. Wir reden doch bei Gewalttätern und auch Gefährdern nahezu ausschließlich über Wiederholungstäter. Richter und Staatsanwälte müssen auch mal hospitieren, derartige Lagen erleben, um endlich wach zu werden. Nur Polizisten hereinzupumpen, reicht am Ende nicht. Wir müssen vor die Lage kommen, brauchen eine Art Früh-

warnsystem für Radikalisierte. Wir haben mit Cuspert, Amri und Youssef mindestens drei Biografien in Berlin, die durch organisierte Kriminalität, Drogenerfahrung und Haftaufenthalt aufgefallen sind. Allein bei diesen dreien sieht man, wie der Staat versagt hat. Wir müssen verhindern, dass sich Menschen zu Gefährdern radikalisieren, weil wir sie dann personell einfach gar nicht mehr im Griff haben können.

**DP: Klingt nach Predictive Police ...**

**Dregger:** Das klingt vor allem nach Großer Koalition ...

**Schreiber:** Genau das haben wir gerade als Thema im Untersuchungsausschuss zu Anis Amri. Es reicht nicht aus, lediglich Daten zu sammeln. Wir brauchen mehr Ermittler, damit wir diese Daten auch zeitnah auswerten und die richtigen Schlüsse daraus ziehen können. Ich denke, die Berliner Polizei kann und darf schon jetzt vorausschauend arbeiten. Das sehen wir doch beim Thema Wohnraumeinbruch. Hier muss man resümieren, dass Frank Henkel ja auch mal etwas Gutes gemacht hat. Es war vollkommen richtig, in diesem Bereich auf Prävention zu setzen. Das wäre der eine wichtige Faktor. Der andere ist, die Präsenz der Polizei auf der Straße. Hier besteht großer Nachholbedarf. Es kann nicht sein, dass unsere Hundertschaften in abgespickter Stärke zu Großeinsätzen wie dem G20-Gipfel fahren, weil das Personal fehlt oder die Stellen nicht besetzt wurden. Natürlich haben wir bereits jetzt Orte, an denen man eine verstärkte Polizeipräsenz erkennen kann. Allerdings lässt sich Kriminalität nicht sofort verhindern, sondern zunächst einmal verdrängen. Das führt dazu, dass sie an anderer Stelle zunächst wieder auftaucht. Ein Großteil krimineller Aktivitäten geschieht organisiert und an genau diese Strukturen müssen wir letztlich herankommen, um Alltagskriminalität wirksam bekämpfen zu können.

**DP: Was hat denn die SPD bis 2021 noch im Köcher?**

**Schreiber:** Wir werden uns dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) widmen müssen und uns darum kümmern, dass es im Bereich der Ausstattung der Einsatzkräfte und der Sanierung von Dienststellen



## INTERVIEW DES MONATS

vorangeht. Braunes Wasser aus der Leitung und Schimmel an den Wänden – das muss umgehend ein Ende finden! Außerdem wird es darum gehen, dass die Spezialeinheiten ihr dringend benötigtes Personal bekommen und wir die Digitalisierung vorantreiben. Es kann nicht sein, dass Sachen liegen bleiben, weil entweder Personal oder die technischen Möglichkeiten fehlen.

**DP: Herr Dregger, milliardenhoher Haushaltsüberschuss – Kann man es sich da als Hauptstadtpolizei überhaupt erlauben, dass im Jahr 2021 noch irgendwo braunes Wasser aus dem Hahn kommt oder Putz von der Decke fällt?**

**Dregger:** Für die Zustände, die Sie da ansprechen, muss man sich schämen und ich tue das. Es darf nicht sein, dass die Kollegen so untergebracht sind. Insofern muss man die vorhandenen Mittel nutzen, um diese baulichen Missstände zu beseitigen. Das ist ja kein Zauberwerk, man muss es einfach machen. Das Geld ist da, jetzt braucht man eine Verwaltung, die in der Lage ist, auszuschreiben und Aufträge zu vergeben. Da muss es mal vorangehen. Ich bin entsetzt, höre aus meinem Wahlkreis, dass der Bau einer Schule zehn Jahre dauern soll. Das ist unbegreiflich, ich würde die in zwei Jahren bauen. Wenn der Senat mir das Geld gibt, baue ich es für die Hälfte und in einem Fünftel der Zeit. Das Parlament hat die Aufgabe, Geld bereitzustellen, der Senat hat die Aufgabe, es auszugeben. Daran müssen wir ihn jetzt messen. Wenn es da für Ausschreibungen zu wenige Kräfte gibt, muss man die Arbeit anders strukturieren. Wem das alles zu schwierig ist, der hat keinen Anspruch diese Stadt zu führen.

**DP: Sie sprachen bei der Terrorabwehr vorhin die Fußfessel an. Nun wird diese keinen Gefährder aufhalten und ihn auch nicht zum Verbleib in einem Bundesland zwingen. Brauchen wir zur Gefahrenabwehr nicht eine verbesserte bundesweite Sicherheitsarchitektur, ein Musterpolizeigesetz, eine vom Bund organisierte Gefährderüberwachung?**

**Dregger:** Wir brauchen eine Gefährderüberwachung durch das BKA. Hier laufen international alle Informationen zusammen und das BKA hat auch die Befugnis zur Aufenthaltsüberwachung durch elektronische Fußfesseln. Die

Zusammenarbeit der LKAs funktioniert nicht so, wie es notwendig wäre. Das ist kein Misstrauen bezüglich der LKAs, sondern einfach die Feststellung, dass sie an ihre Grenzen stoßen, wenn ein Gefährder wiederholt das Bundesland wechselt. Das haben wir bei Amri und in anderen Fällen gesehen.

**Schreiber:** Ich sehe das ein wenig kritischer und es gibt nicht umsonst mehrere Untersuchungsausschüsse. Wir hatten bei Amri die Situation, dass es durchaus Institutionen wie das Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) gibt, bei denen Informationen gesammelt werden. Das hat aber nicht dazu geführt, dass er von seiner grausamen Tat abgehalten wurde. Hier muss genau geschaut werden, ob nicht jemand Informationen zurückgehalten hat und dabei das Herrschaftswissen einzelner Protagonisten den Vorgang blockiert hat. Generell bin ich der Meinung, dass dort, wo ein Gefährder in Erscheinung tritt, das zuständige Landeskriminalamt tätig werden muss. Mal abgesehen davon, müssen wir aber bei der Thematik auch über die Unterbringung dieser Leute in den Haftanstalten und vor allem die Betreuung jener reden, die als Zeugen und Ersthelfer derartige Szenarien wie den 19. Dezember 2016 erleben mussten.

**DP: Abschließendes Thema, jetzt hat die CDU einen Sonderermittler für die Polizeiakademie gefordert, der Senat diesem zugestimmt. Was soll er zutage bringen, das nicht bereits bekannt ist?**

**Dregger:** Der Innenausschuss hat einen Bericht diskutiert, den diejenigen

verfasst haben, die eigentlich Gegenstand der Untersuchung sein sollten. Wir sind der Meinung, dass eine objektive Überprüfung nur durch einen Blick von außen gewährleistet werden kann und das möglichst von einem unabhängigen und erfahrenen Fachmann, der viel qualifizierter ist als wir Abgeordnete.

**Schreiber:** Ich glaube, dass die Sitzung im Innenausschuss hierzu scheinheilig war und dass von der Polizeiführung uns gegenüber vehement versucht wurde, alles schön- und vor allem kleinzureden. Das hat mich geärgert. Ich habe schon den früheren Innensenator Henkel und den Polizeipräsidenten Kandt darum gebeten, diese Strukturreform zu stoppen und erst einmal abzuwarten, was der neue Senat vorhat. Es ist nichts passiert. Jetzt sind wir an einem Punkt, an dem der Innenausschuss kritisch hinterfragt und das ist gut so. Es gibt richtig gute Leute bei der Polizei. Leute, die Expertise mitbringen und gute Ideen haben. Mich ärgert die Art und Weise, wie bisher mit diesen Leuten, ihren Ideen und Meinungen umgegangen wurde. Dinge, die vorgeschlagen wurden, hat man gar nicht beachtet, Kritikern wurde ein Maulkorb verpasst. Abgeordnete sind nicht die besseren Polizisten, sondern unsere Aufgabe ist es sehr gut zuzuhören um besser urteilen zu können. Wir haben eine Verkettung von Vertrauensbrüchen. Das müssen wir wieder bereinigen. Der Sonderermittler ist hierzu ein erster Schritt. Das entlässt uns aber nicht aus unserer Verantwortung und Pflicht, uns selbst ein Bild zu machen.

**Dregger:** Das unterschreibe ich so.



*Nicht nur am Ende oft beide einer Meinung, vor allem, wenn es um den Umgang mit Abgeordneten geht, die sich vor Ort ein eigenes Bild machen wollen.*

Fotos: Benjamin Jendro



WIR GRATULIEREN



Es kommt nicht darauf an, dem Leben mehr Jahre zu geben,  
sondern den Jahren mehr Leben zu geben.

(Alexis Carrel 1873–1944)

**Geburtstage**

**80 Jahre**

Wolfgang Heinrich, Dir 1  
Lothar Liepelt, Dir 1  
Peter Kaplick, Dir 2  
Guenter Kolpack, Dir 3  
Karlheinz Lessig, Dir 4  
Berthold Friede, Dir E  
Herbert Schultz, Dir E  
Bodo Schäning, ZSE  
Bernd Zander, ZSE

**85 Jahre**

Herbert Stöber, Dir 1  
Wolfgang Linsdorff, Dir 3  
Karlheinz Piwecki, Dir 4  
Gerda Maurer, ZSE  
Katharina Weide, ZSE

**90 Jahre**

Hans Baller, Dir 5

**91 Jahre**

Edhilt Birth, Dir 2  
Gisela Großkopf, Dir 4  
Heinz Wendt, Dir 4  
Hans Liebsch, Dir 5  
Horst Lange, ZSE

**92 Jahre**

Heinz Repp, Dir 1  
Margot Hasselfeldt, LKA

**93 Jahre**

Gisela Matzner, Dir 4  
Charlotte Blockwitz, ZSE

**95 Jahre**

Margot Loose, Dir 5

**96 Jahre**

Herta Rossdfeutscher, Dir 3  
Ingeborg Jaskula, Dir 6

**Jubiläen**

**25 Jahre**

Torsten Beuschel  
Wolfgang Braeschke  
Gabriela Burow  
Dieter Czerwiak  
Gunnar Groth  
Barbara Krause  
Marcus Krawczyk

Jürgen Lindner  
Gabriele Segeritz  
Christian Weichert  
Gerhard Zingler

**40 Jahre**

Frank Beetz  
Helmut Grüber  
Lutz Herholz  
Manfred Maronde  
Ralf Mellenthin  
Günter Paul  
Winfried Schmidt  
Ute Schwoch

**50 Jahre**

Monika Günzel  
Peter Kolbe  
Wolfgang Krumbügel  
Wolfgang Schulz

**60 Jahre**

Wolfgang Joseph  
Brigitte Kollosche  
Horst Sähn

Anzeige

**MEDIRENTA**  
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

**Beihilfe leicht gemacht!**

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre  
Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

[www.medirenta.de](http://www.medirenta.de) [info@medirenta.de](mailto:info@medirenta.de)

**NACHRUF**

Dieter Röthig, 78 Jahre, Dir 1  
Joachim Seibt, 78 Jahre, Dir 2  
Walter Nowak, 88 Jahre, Dir 5  
Heinz Sander, 90 Jahre, Dir 5  
Rudolf Dobbrow, 84 Jahre, LABO  
Martina Franchini-Bunz, 53 Jahre,  
LABO  
Ingrid Ostermann, 81 Jahre, ZSE



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 5

**Wann:** Dienstag, 3. April, 16 Uhr.  
**Wo:** Im Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6

**Wann:** Donnerstag, 22. März, 16 Uhr.  
**Wo:** Polizeikantine, Poelchaustraße (Märkische Allee 174), 12681 Berlin.

LABO

**Wann:** Mittwoch, 25. April, 16 Uhr.  
**Wo:** Yasmin, Wilhelmstraße 15-16, 10963 Berlin.

Senioren

Dir 2

**Wann:** Dienstag, 6. März, 15:30 Uhr.  
**Wo:** Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin.  
**Kontakt:** Regina Geisler, Tel.: 0 30/92 12 43 97.

Dir 3

**Wann:** Dienstag, 6. März, 16 Uhr.  
**Wo:** FRABEA, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

**Wann:** Dienstag, 3. April, 16 Uhr.  
**Wo:** FRABEA, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

Dir 4

**Wann:** Mittwoch, 14. März, 16 Uhr.  
**Wo:** Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.  
**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: 0 30/7 96 75 20.

Dir 5

**Wann:** Dienstag, 3. April, 13 Uhr.  
**Wo:** Royal Gourmet, Mohriner Allee 50, 12347 Berlin.

Dir 6

**Wann:** Mittwoch, 14. März, 16 Uhr.  
**Wo:** Sportcasino des KSC, Wendenschloßstraße 182, 12557 Berlin.  
**Info:** Kegeln.

**Wann:** Mittwoch, 21. März, 14 Uhr.  
**Wo:** Polizeikantine Poelchaustraße (Märkische Allee 174), 12681 Berlin.

LKA

**Wann:** Dienstag, 6. März, 15 Uhr.  
**Wo:** GASTHAUS KOCH, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12203 Berlin.

**Info:** Versammlung – Besuch der Pressesprecherin von Greenpeace Berlin, Frau Kerstin Doerenbruch.  
**Vortrag:** „Klimawandel“.

**Wann:** Dienstag, 20. März, 10:40 Uhr.  
**Wo:** Berliner Zoo, Hardenbergplatz 8, 10787 Berlin, Treffpunkt vor dem Eingang „Löwentor“.

**Info:** Führung unter dem Motto „Black & White“, mit Blick hinter die Kulissen – zusätzlich zum Eintrittsgeld ist ein Führungsentgelt in Höhe von 8 Euro zu entrichten – Anmeldung erforderlich, da begrenzte Teilnehmerzahl!

**Wann:** Dienstag, 3. April, 15 Uhr.  
**Wo:** GASTHAUS KOCH, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12203 Berlin.  
**Info:** Versammlung – Vortrag des Kollegen Harold Selowski zum Thema „Ausbildung und Laufbahn in der heutigen Polizei“.  
**Kontakt:** Jürgen Heimann,

Tel.: 0 30/7 21 75 47 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 0 30/7 45 13 53.

PPr Stab/ZSE

**Wann:** Dienstag, 27. März, 15 Uhr.  
**Wo:** Marjan Grill, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, Stadtbahnbogen 411, 10557 Berlin.

LABO

**Wann:** Mittwoch, 21. März, 15 Uhr.  
**Wo:** Yasmin, Wilhelmstraße 15, 10963 Berlin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
in den vergangenen Monaten sind einige Eurer Veranstaltungen hier nicht abgedruckt worden. Wir bitten um Entschuldigung und geloben Besserung. Bitte alle Veranstaltungstermine an kummerow@gdp-berlin.de!



GdP & GdP Service GmbH  
Wir sind ein starkes Team!

## Sporttickets

auf [www.gdp-service.berlin](http://www.gdp-service.berlin) sichern

 Mit Leib und Seele	 Eishockey ist cooler
 	 
 Die Zukunft gehört Berlin	 Volleyball im Hauptstadt-Format

**Für Freizeit und Beruf**  
Du bist nicht nur Mitglied, sondern Teil eines starken Teams.  
[www.gdp-service.berlin](http://www.gdp-service.berlin)



# 40 Jahre Lohnsteuerhilfe bei der GdP



Das Team der GdP-Lohnsteuerhilfe h. v. l.: Norbert Hoppe, Silvio Genge, Regina Valentine, Christian Jung, Beatrice Domsch, Volkmar Glaser; v. v. l.: Francesco Alvino, Ullrich Thoms, Andreas Krämer.

## Ehrenamtliche Tätigkeit von Kollegen für Kollegen

Beschränkte sich die Lohnsteuerhilfe anfangs nur auf die Beantwortung von Fragen, änderte sich die Tätigkeit im Laufe der Zeit zum Ausfüllen der Steuerformulare und zur Hilfe bei komplizierten Steuerfragen wie die Besteuerung von Renten und Pensionen, Fragen bei Werbungskosten, Vorsorgeaufwendungen oder außergewöhnlichen Belastungen. Auch bei der GdP hat die Digitalisierung inzwischen Einzug gehalten. So nutzen wir seit einigen Jahren ein Computerprogramm zum Erstellen der Steuererklärung. Für viele ist genau das schon sehr schwierig, nicht selten scheitert der Versuch. Nimmt man die Hilfe eines Steuerberaters oder Lohnsteuerhilfevereins in Anspruch, wird es teuer.

## Ein echter Mehrwert für unsere Mitglieder

Deshalb hat die GdP die Lohnsteuerhilfe in den Leistungskatalog aufgenommen und das ganz ohne Zusatzkosten. Ein Angebot, das ankommt. Hatten wir im Jahr 1985 noch 185 Beratungen im Jahr, waren es 2009 schon 240 und 2017 über 400. Regelmäßige Fortbildung und damit Kenntnisse der aktuellen Urteile, Verwaltungsanweisungen und aktuellen Rechtsprechung sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

Unser Team steht Euch dienstags und mittwochs von 9:30 bis 18:30 Uhr zur Verfügung. Termine werden ausschließlich telefonisch unter 0 30/ 2 10 00 40 vergeben.

**40 Jahre Lohnsteuerhilfe ist schon eine gewaltige Strecke für eine Berufsorganisation. Dabei gibt es sicher interessantere Freizeitaktivitäten als die alljährliche Steuererklärung. Die wenigsten von Euch haben Freude daran, in Kartons, Ordnern oder Papierstapeln nach Unterlagen zu suchen und die umständlichen Steuerformulare auszufüllen.**

## Wer sich aber vor der Abgabe der Steuererklärung drückt, verschenkt oft viel Geld

So traf es sich, dass einige Mitglieder der GdP in den Jahren 1977/78 die Idee hatten, eine Hilfe für die immer wiederkehrende Erstellung der Steuererklärung einzurichten. Zunächst aber gab es noch Klärungsbedarf, ob eine solche Hilfestellung überhaupt von einer Gewerkschaft getragen werden darf und wie das rechtlich abgesichert ist. Fündig wurden wir in § 4 Nr. 7 des Steuerberatungsgesetzes, demnach es einer Gewerkschaft erlaubt sei, für seine Mitglieder Hilfe beim Erstellen der Steuererklärung anzubieten. Unter dem Motto „Mitglieder helfen

Mitgliedern“ fanden sich mehrere Kolleginnen und Kollegen zusammen. Keine leichte Aufgabe!

Unterstützung fand sich bei den Kollegen aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität, die durchaus Vorkenntnisse im Steuerrecht mitbrachten. In den ersten Jahren bestand unser Lohnsteuerhilfeteam aus fünf bis sieben Personen, so sind wir inzwischen auf zehn angewachsen, alle aus unterschiedlichen Bereichen der Berliner Verwaltung, wie der Schutzpolizei, der Kripo oder dem LABO. Aktive Kolleginnen und Kollegen gehören ebenso zu unserem Team wie Pensionäre und Rentner.



Neu im Team: Aline Schwanke und Martina Fengler-Herrmann.

Fotos: Ullrich Thoms

